

Nichts ist erledigt!

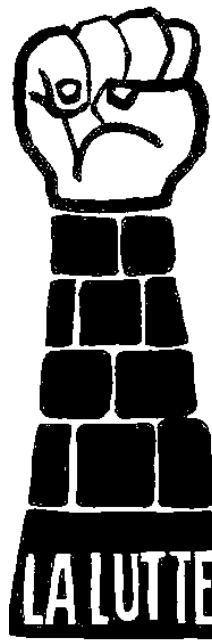
„2016 und 2017 stehen im Zeichen von vielen Neuanläufen und hohen Stückzahlen. Daher wollen wir dazu beitragen, dass Sie sich mit klarem Kopf und unbelastet auf die vor uns liegenden Aufgaben konzentrieren können“ (Brief des Personalbüros an die 761 Abgemahnten).

Auf Deutsch: Wir brauchen Ruhe an der Heimatfront, denn wir haben noch Einiges vor mit Euch Malochern: Noch mehr Fremdvergaben, noch mehr Leiharbeit, noch mehr Tempo an den Bändern...

Was den „klaren Kopf“ betrifft – den behalten wir garantiert. Wir sind nicht so dumm, diesem durchsichtigen Manöver, das uns spalten und mundtot, vor allem aber willig machen soll für neue Angriffe auf unsere Arbeitsbedingungen auf den Leim zu gehen.

Die Spaltung soll so gehen: „Da wir als Unternehmensleitung das Bedauern der großen Mehrheit der betroffenen Mitarbeiter wahrnehmen, möchten wir ein klares Zeichen des Vertrauensvorschlusses setzen“ (Brief von Heino Niederhausen an das „liebe Führungsteam“). So weit uns bekannt ist hatte keiner der 761 Pippi in den Augen und neben den 30 Klägern haben ca. 500 Kollegen der Abmahnung schriftlich widersprochen. Das große „Bedauern“ gab es eher im Management über die große Öffentlichkeit, die Presseberichterstattung, die über 120 Solidaritätsschreiben aus dem In- und Ausland. Im Krieg brauchen sie Ruhe an der Heimatfront. Und nur darum geht es ihnen bei ihrem „Vertrauensvorschuss“. Gerade zu peinlich im Schreiben an die Führungskräfte ist der Satz: „Die zeitliche Überschneidung mit den aktuell mit dem Betriebsrat vereinbarten Regelungsumfängen (gemeint ist die Ausdehnung der Leiharbeit auf fast 16%, gemeint sind die weiteren angekündigten Fremdvergaben – die Redaktion) ist dabei rein zufällig.“ Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Die Abmahnung ist also raus aus der Akte – was durch die Betroffenen nachzuprüfen ist durch Akteneinsicht. Schaut vor allem nach, ob die Verhörprotokolle auch draußen sind!



Ist also alles erledigt? Nein, nichts ist erledigt! Wir haben gestreikt, weil wir mit Fremdvergabe, Werkverträgen und Leiharbeit, sowie auch mit verschärfter Ausbeutung z.B. durch Dutzende von Sonderschichten, nicht überleben können. Die Abmahnung ist das Eine. Wo aber ist die Rücknahme, bzw. der sofortige Stopp der Fremdvergabe? Wo ist die Festübernahme aller Leiharbeiter?

Das, was jetzt passiert mit Unterstützung der Betriebsratsmehrheit (siehe Kasten unten), nämlich

noch mehr Leiharbeit, noch mehr Fremdvergabe, noch mehr Flexibilisierung, ist eigentlich schon wieder ein Grund zum Streiken – und das nicht nur in der Nachtschicht. Das würde die Rausnahme der Abmahnungen wenigstens bringen, dass wir jetzt wieder streiken können ohne schon eine Abmahnung in derselben Sache zu haben.

Die vom Unternehmen gewünschte Friedhofruhe wird es nicht geben. Das ist jedenfalls sicher. Weder der juristische Weg ist für uns beendet, auch wenn sich Daimler allzu gern um ein Urteil in der Frage unseres Streikrechts herum mogeln möchte, weil sie in die europäische Ebene der Gerichte nicht soviel Vertrauen haben können, wie in die kleine Bremer Richterin, die sich schlicht und einfach geweigert hat, über die Frage des Streikrecht überhaupt zu sprechen.

Noch lange nicht ist beendet unser Kampf für den **sofortigen Stopp jeglicher Fremdvergabe und für die sofortige Übernahme aller Leiharbeiter.**

Von der Werkleitung fordern wir die sofortige Offenlegung aller entsprechender Pläne. Den Betriebsrat möchten wir daran erinnern, dass er keinerlei Mandat hat, über Fremdvergabe und das Verbrechen Leiharbeit auch nur ein Wort zu verhandeln, ohne vorher zumindest eine Abstimmung unter allen Arbeitern, also einschließlich der Leiharbeiter, durchzuführen. Die IG Metall fordern wir dringend auf, den Kolleginnen und Kollegen in dieser Frage nicht länger in den Rücken zu fallen und unverzüglich eine Mitgliederversammlung (mit den Leiharbeiter) zu diesem Thema einzuberufen.

Aus der BR-Sitzung

Folgende zwei Anträge haben wir initiiert. Sie wurden auf der Betriebsratssitzung am 22.03.2016 mit knaper Mehrheit abgelehnt.

1. Ist der Ausschluss der Fremdvergabe der Anbauteile R172, des Karossen-Transportes und der Dachfertigung in 220 eine Bedingung für die AZ/BZ* Halle 93.
2. Auch der Ausschluss jeglicher Fremdvergabe bis zum 31.12.2017 * Arbeitszeit / Betriebsnutzungszeit.

Fragt Eure IG Metall Bereichsbetriebsräte, wie und warum sie/er so oder so entschieden hat. Für uns Unterzeichner ist es ein Armutszeugnis, wenn es in Zeiten von kommenden Fremdvergaben kein Signal an die Werkleitung gibt, zukünftige Fremdvergaben nicht kampfflos hinzunehmen. Gesetze, die Leiharbeit und Fremdvergaben schützen, sind nicht unsere Gesetze und können nur durch Gegenwehr von uns allen, abgewehrt werden.



Kollegen in Wörth kämpfen für Leiharbeitskollegen

Als kurz vor Weihnachten 2015 die Personalabteilung die Bombe platzen ließ und 450 Leiharbeiter zum Jahresende rausschmeißen wollte, platzte den Stammkollegen der Kragen. Für Kollegen, die seit 2012 und einige nun schon zum zweiten Mal nach 2014 kurz vor Weihnachten gekündigt werden, bedeutete dieses eine Entlassung in eine ungewisse Zukunft. Als dann auch noch der Betriebsrat nur mit einem Achselzucken und dem Hinweis „ wir können rechtlich nix machen“ auf die angekündigten Entlassungen reagierte, nahmen die Wörther Kollegen die Sache in die eigene Hand. Als kurz nach der Bekanntgabe der Entlassungen von 450 Leiharbeitskollegen der Produktionsleiter Dr.E. zu einer Infoveranstaltung einlud und dieser Herr gerade seine Rede binnen wollte, standen 20 Kollegen auf und unter dem Ruf „ wer so mit Menschen umgeht, verdient keinen Respekt“ drehten die Kollegen sich um und zeigten dem Herrn ihren kalten Rücken. Als dieser erfolglos versuchte, die Kollegen zum Hinsetzen aufzufordern und über den Krankenstand schwafelte, wurde er von der gesamten Belegschaft minutenlang ausgelacht und mit Bemerkungen wie „Dummschwätzer“ verließen die Kollegen die noch nicht beendete Veranstaltung.

Zwei Tage später versammelten sich rund 1000 Kollegen in der Mittagspause und verlangten die Übernahme der Leiharbeiter. In der Betriebsversammlung ging es nochmals heftig zu. Mit fortschrittlichen VKLern (und Betriebsräten) wurde eine Aktion vorbereitet und bei Beginn der Versammlung stürmten 50 Kollegen zum Rednerpult und verlasen Unterschriftlisten aus den Meistereien und Gruppen. Und bei jeder Namensnennung standen die Stammkollegen im Publikum auf, um ihre Solidarität zu zeigen. Am Schluss wurde die Belegschaft gefragt, ob sie hinter der Forderung der VKL nach sofortiger Übernahme aller Leiharbeiter steht. Natürlich standen bis auf ein paar Unbelehrbare und den Werkleiter, alle unter tosendem Applaus und Lärm auf. Durch diese solidarische Aktion der Belegschaft wurde der Betriebsrat angeschoben, Haltung zu zeigen. Gegen die Vorgehensweise der Werkleitung gab es große öffentliche Auseinandersetzungen in der Presse, in denen Leserbriefe, unter anderem von Nonnen, gegen das Verbrechen Leiharbeit veröffentlicht wurden.

Das Ergebnis der Solidarität auf der Betriebsversammlung sickerte schon einige Tage später durch. Verlängerung erstmal um zwei Monate und der jetzige Stand ist eine Verlängerung der Leiharbeiter bis Ende September. Der Kampf um Festanstellungen geht weiter.

Dieser Erfolg wäre ohne das solidarische und kämpferische Verhalten aller Wörther Kollegen nicht zustande gekommen. Auch in Wörth sind die Kollegen aufgewacht und kämpfen auch dort für ein Verbot von Leiharbeit und gegen weitere Fremdvergaben. Auch dort haben die Kollegen erst durch ihren Kampf gemerkt, dass sich was bewegen kann, wenn man es denn auch in die eigene Hand nimmt. So wie hier in Bremen, wo wir gemeinsam, alle 3 Schichten, gegen Fremdvergabe und für ein Verbot von Leiharbeit gestreikt haben. Für diesen Kampf braucht es einen langen Atem und vor allem kämpferischer Solidarität aller Daimler Werke. Wer sich auf IG Metall Führung und Betriebsratsmehrheiten verlässt, wird das Elend der Leiharbeit und Werkverträge wenn nicht an sich selbst, dann auf jeden Fall noch an seinen Kindern und Enkel selber hautnahe erleben.

Leserbriefe zu Abmahnungen

„Wir haben´s schon lange geahnt, jetzt kam die Bestätigung. Das Wohlwollen der Werkleitung umhüllt uns, wie ein warmer Mantel in Zeiten sozialer Kälte.“

(Reinhardt Pape, Vertrauensmann aus dem Rohbau)



(Kollege aus der Montage)

Ergebnisbeteiligung

Zetsche hat letztes Jahr 14,37 Millionen gekriegt, die paar Hundert Aktionäre kriegen jetzt 3,5 Mrd. € und wir, die wir für all diesen Reichtum geknüpelt und geschwitzt haben, sollen mit 500 Mio. € ruhig gestellt werden. Die Leiharbeiter-Kollegen gehen ganz leer aus.

Das ist ungerecht, sagst Du? Dann reih Dich bei uns ein, überweise Deinen Beitrag für unseren Kampffonds, damit das endlich anders wird!

Gemeinsam gegen „Arbeitsmarktreform“

Daimler Vorreiter

„Die Produktionsstätte des kleinen Daimler in Lothringen steht Pate für eine Revolution des Arbeitsmarkts: das Ende der 35-Stunden-Woche.“

Wirtschafts-Woche, „Kampf um die 35-Stunden-Woche“, 19.03.16

Das war der Aufmacher für einen Artikel in der Wirtschafts-Woche über die geplanten Änderungen des Arbeitsgesetzes in Frankreich.

Im Gegensatz zur BRD ist in Frankreich die 35-Stunden-Woche nicht nur tariflich, sondern gesetzlich abgesichert. Aktuell versucht die französische Regierung diese und andere Errungenschaften der Arbeiter zu kippen. Dafür soll es u.a. möglich werden auf betrieblicher Ebene Abweichungen von der gesetzlichen Arbeitszeit zu vereinbaren. Und zwar nicht nur durch die zuständigen Gewerkschaften (in Frankreich gibt es keine Betriebsräte), sondern auch durch ein Votum der Arbeiter. Ausgerechnet dafür wurden unsere Kollegen bei Smart in Hambach von Daimler genötigt, als negatives Beispiel voranzugehen. Daimler hat die Arbeiter darüber abstimmen lassen, ob sie bereit sind jede Woche zwei Stunden unbezahlt zu arbeiten. Falls nicht, hat die Werkleitung angekündigt die Produktion nach Slowenien zu verlagern. Und genau an diesem Beispiel wird deutlich, warum unsere Rechte gesetzlich festgeschrieben gehören und es keine betriebliche Ausnahmen geben darf. Denn wie glaubt ihr, haben unsere Kollegen entschieden? Die französische Gewerkschaft hat der Arbeitszeitverlängerung nicht zugestimmt, aber 56% der Belegschaft. Daraufhin unterschrieben 90% der 800 Arbeiter eine Änderungskündigung und damit eine Erhöhung von 37 auf 39 Stunden ohne Lohnausgleich. Weitere Punkte der Reform sind die Lockerung des Kündigungsschutzes, die Einschränkung der Entscheidungsfreiheit von Richtern über Abfindungen und die Aushebelung von Gesetzen oder Gewerkschaften durch Referenden der Belegschaften, wie oben beschrieben. Dagegen laufen nicht nur die französischen Arbeiter und ihre linken Gewerkschaften Sturm, sondern mit ihnen auch die Jugend. Sie ist schon jetzt am meisten

von Erwerbslosigkeit und prekären Arbeitsverhältnissen betroffen. 25% der Jugendlichen haben keine Arbeit, in manchen Bezirken sogar 50%. Insgesamt sind in Frankreich neun von zehn Arbeitsverträgen befristet.



Gegen die weiteren Verschlechterungen gab es bisher vier Aktionstage. Bereits Anfang März demonstrierten in zahlreichen Städten rund eine halbe Millionen Menschen, am selben Tag gab es auch einen Streik der Eisenbahner, weitere Streiks und Versammlungen in Betrieben folgten. Am 17. März folgten weitere Demonstrationen, Schüler blockierten rund 120 Schulen. Die Polizei ging teilweise brutal gegen die jungen Demonstranten vor. Z.B. bei der Räumung einer Studentenversammlung an einer Pariser Universität. Die Polizei schlug die Demonstrierenden und schliff sie über den Boden. Mehrere Menschen wurden dabei blutig geschlagen und festgenommen.

Nach weiteren Protesten erreichte der Widerstand vergangenen Donnerstag einen neuen Höhepunkt. In den Straßen von Paris, Lyon, Marseille, Nantes und Toulouse marschierten Arbeiter, Studenten, Schüler und Gewerkschaftsfunktionäre während eines eintägigen Generalstreiks in 200 Demonstrationen.

Die französischen Arbeiter streiten für dieselben Ziele, wie wir. Sie werden mit den deutschen Arbeitsgesetzen erpresst. Nicht umsonst hat die französische Regierung Peter Hartz als Berater eingeladen. Wir müssen uns ihrem Kampf anschließen, wenn wir nicht weiter der Streikbrecher Europas sein wollen.



Türkei: Krieg gegen die Arbeiter

Die türkische Regierung führt Krieg gegen das eigene Volk. Ganze Ortschaften im Südosten des Landes lässt sie zerbomben. In der Automobil-Stadt Bursa gibt es Massenentlassungen, Polizeieinsätze vor und im Betrieb, Verfolgung und Verhaftung von Gewerkschaftern. So gerade geschehen bei Renault. Nicht nur Präsident Erdogan persönlich, sondern auch die Unternehmerverbände und rechten Gewerkschaften greifen mit aller Gewalt durch gegen die Renault-Arbeiter, die noch im Frühjahr 2015 14 Tage lang erfolgreich gestreikt hatten. Damals war die ganze Auto- und Zulieferindustrie im Streik, fast 50.000 Arbeiter. Am konsequentesten waren die Renault-Arbeiter: Das Management musste ein Abkommen unterschreiben, dass 1. kein Arbeiter entlassen wird, 2. die Arbeitsbedingungen verbessert werden, 3. demokratische Wahlen der Belegschaftsvertreter ermöglicht werden, 4. jeglicher Zwang und jegliche Einschüchterungen unterbunden werden und dass 5. die rechte Gewerkschaft aus dem Betrieb fliegt. Diese rechte Gewerkschaft (Türk-is) paktiert offen mit Kapital und Regierung gegen die Arbeiter. Die Kollegen bildeten dort eine eigene Vertretung, eine Art Rat oder Betriebsrat, der aus den Streikaktivisten bestand und direkt von den Arbeitern gewählt wurde und den auch das Management als Verhandlungsgegner anerkennen musste. Im Frühjahr dieses Jahres wurde das Abkommen gebrochen. Was war geschehen? Der Unternehmer-



verband jaulte auf, schaltete seine Regierung Erdogan ein, beorderte das Renault-Management nach Ankara. Ergebnis: Eine offene und direkte Kriegserklärung Erdogans und des Unternehmerverbandes an die Arbeiter. So wurde also ihre Polizei vor dem Betrieb aufgeboten, um „Recht und Ordnung“ im Sinne von Regierung und Kapital wieder herzustellen und – man höre und staune – die rechte Gewerkschaft wieder als Ordnungsfaktor gegen die Arbeiter in „Amt und Würden“ zu installieren. Renault entkoppelte die Schichten, so dass gemeinsame Treffen und Proteste über die Schichten hinweg nicht mehr möglich waren. Kritische Arbeiter wurden fotografiert und bespitzelt und letztendlich wurden Hunderte entlassen, bzw. unbezahlt von der Arbeit „freigestellt“. Proteste vor dem Werkstor wurden massiv zusammengeknüppelt und mit der Inhaftierung von Dutzenden von Arbeitern beantwortet. Die Herrschenden haben Angst vor den Arbeitern. Sie meinen, schlimmste Ausbeutung (80% der Kollegen haben Wirbelsäulenprobleme oder Krampfadern, von den miserablen Löhnen können sie nicht leben) mit der Staatsgewalt sichern zu können. Aber eines ist gewiss: Sie können mit dem Knüppel zwar eine kurzfristige Friedhofsruhe erreichen, aber der nächste Aufstand kommt mit umso größerer Sicherheit. Druck erzeugt Gegendruck, dieses physikalische Gesetz gilt überall, in der Türkei und hier.

Verbrecher in den Knast!

Es wirft schon ein bezeichnendes Licht auf die feinen Herren im Vorstand, wie sie mit den aufgedeckten Verbrechen bezüglich der krankmachenden Schadstoffemissionen und mit den entsprechenden Messergebnissen umgehen. VW kommt, wie ein kleiner Junge, der einen Lutscher geklaut hat, mit einem väterlichen „Du, du“ weg; Daimler bedroht die Deutsche Umwelthilfe (DUH), die gefälschte Messergebnisse anprangert, mit seinen Anwälten; das Kraftfahrtbundesamt (laut DUH der „Bettvorleger der Autoindustrie“) übergibt erst nach Gerichtsurteil 581 Seiten seiner Messergebnisse an die DUH – fast komplett geschwärzt; der Bundesverkehrsminister

hüllt sich in Schweigen; die Webseite der DUH wird gehackt... Übrigens: Die DUH kauft sich nun ein eigenes mobiles Abgaslabor. Warum? Weil kein deutsches Institut bereit ist, sich mit seinen Messergebnissen mit der Autoindustrie anzulegen.

Das ist sie also, die ganze feine Gesellschaft, die eigentlich längst hinter Gitter sitzen und Schadenersatz zahlen müsste; die auf unsere Kosten, auf Kosten der Leiharbeiter, der Hartz IV-Empfänger und der Zukunft unserer Kinder lebt und ihre Dividenden einstreicht, ohne je einen Finger gekrümmt zu haben. Es wird Zeit, dass wir das ändern.



Kanzlerin Merkel mit Zetsche und Co.

Dieses Flugblatt wurde geschrieben, verteilt und finanziert von Vertrauensleuten und Betriebsräten des Daimler-Werkes Bremen

Kontakt: Jochen Kohrt, H3 (Tel. 90442) / Ralf Wieland, WPS / Gerwin Goldstein, LOG/Indir. (Tel. 90600) / Frank Kotte, H8 (Tel. 3804) / Thomas Langenbach, H8, DNS / Gerhard Kupfer / Uwe Müller, H9 (Tel. 90728) / Julia Nanninga H7 (Tel.6679) und viele andere

(April 16)

E-Mail-Kontakt: gerwingoldstein@freenet.de - Spenden an: Sparda-Bank Hannover, BLZ:25090500, Konto-Nr.: 101637991, U. Müller, Stichwort: Flugblatt